

Der Inflationsboom. Verführerisch, betrügerisch, zerstörerisch

21.06.2021 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Die geldpolitischen Kunstgriffe dies- und jenseits des Atlantiks können nur vorübergehende Scheinbesserungen erzielen. Sie zersetzen die Kaufkraft des Geldes, fügen den Volkswirtschaften schwere Schäden zu.

"Eine Lüge ist wie ein Schneeball: Je länger man ihn wälzt, je größer er wird" - Martin Luther

Verführerisch

Inflation - genauer: Preisinflation - fällt nicht vom Himmel, sie ist kein Naturereignis. Vielmehr ist sie menschengemacht, ist das Ergebnis einer von Menschen gemachten Politik. Im Zentrum steht dabei die Ausweitung der Geldmenge. Die Erfahrung zeigt: Steigt die Geldmenge, steigen früher oder später auch die Güterpreise, beziehungsweise das Preisniveau der Güter steht in positiver Verbindung mit der Höhe der Geldmenge. Aber nicht nur die Erfahrung, auch eine solide ökonomische Theorie legt diesen Zusammenhang offen. So gesehen ist es alles andere als zufällig, dass aktuell viele Güterpreise merklich in die Höhe steigen, dass die Sorge vor stark steigender Preisinflation weltweit um sich greift.

Der Grund ist offensichtlich: Um die Folgen der politisch diktierten Lockdown-Krise in ihrem vollen Ausmaß vor der Öffentlichkeit zu verbergen, haben die Zentralbanken die Geldmengen drastisch ausgeweitet. Die durch den Produktionsstillstand aufgefallenen Umsätze, Gewinne, Einkommen und Steuern wurden (und werden) sprichwörtlich mit dem Anwerfen der elektronischen Notenpresse finanziert. Mit neuem, "aus dem Nichts" geschaffenen Geld werden die gewaltigen offenen Rechnungen bezahlt. Verwunderlich ist das eigentlich nicht: Für Regierende und Regierte ist das Geldmengenvermehrten als Anti-Krisenrezept verführerisch.

Die Ausweitung der Geldmenge hat anfänglich eine Wirkung, die von vielen Menschen als erfreulich und wohltuend angesehen wird: Der neue "Geldsegen" lässt Unternehmen mehr Gewinne machen, sie stellen mehr Personal ein, zahlen höhere Löhne (im Vergleich zu einer Situation, in der die Geldmenge nicht ausgeweitet worden wäre). Auch gelingt plötzlich den Firmen nahezu alles, fast alle Investitionen scheinen erfolgreich zu sein, und eine Atmosphäre der Risikofreudigkeit stellt sich ein. Auf den Kapitalmärkten greift der Optimismus um sich, und die nicht enden wollende Liquidität treibt die Aktienkurse in die Höhe, alle fühlen sich reicher.

Diese Phase hält jedoch nur solange an, wie die Absatzpreise der Unternehmen schneller steigen als die Preise der Güter, die in der Produktion eingesetzt werden wie Werkzeuge, Maschinen, Grundstücke und Personal. Und die Güterpreise beginnen früher oder später zu steigen als Folge der Geldmengenausweitung.

Die Phase der erhöhten Gewinne findet ihr Ende, wenn die Illusion verpufft: Wenn die Preisinflation für die Absatzgüter und die kostenbestimmenden Produktionsfaktoren richtig vorhergesehen werden. In diesem Fall kehrt der Anstieg der Unternehmensgewinne und der Löhne auf das "Normalmaß" zurück. Unternehmen, die nur dank der Phase erhöhter Gewinne überleben konnten, erleiden Verluste, geraten in Bedrängnis, viele von ihnen gehen Pleite.

Die stimulierende Wirkung der Preisinflation hält nämlich nur solange an, wie sie nicht korrekt vorhergesehen wird. Sobald sie richtig vorhergesehen wird, ist es aus mit dem Spaß. Damit die Preisinflation ihre ursprüngliche stimulierende Wirkung also beibehält, muss sie mit einer Geschwindigkeit fortgeführt werden, die höher ist als die von den Marktakteuren erwartete; wir kommen im nächsten Absatz auf diese Einsicht noch genauer zu sprechen. Vielmehr ist an dieser Stelle zu betonen, dass es natürlich äußerst verführerisch ist für Regierende und Regierte, eine Preis- und Geldmengeninflation, wenn sie erst einmal in Gang gekommen ist, weiterzuführen beziehungsweise zu eskalieren.

Das gilt besonders in Fällen, wenn man momentanen Schwierigkeiten aus dem Weg gehen will. Die Inflation erscheint dann für Regierende und Regierte nicht selten als die Politik des vergleichbar kleinsten Übels: Man passt die Geldmenge an die Umstände an. Die Ausweitung der Geldmenge zur Finanzierung von Staatsausgaben für Transferzahlungen und Subventionen wird als probates Mittel gesehen, um Rezession

und hoher Arbeitslosigkeit zu entgehen. Man greift auch deshalb zur Inflation, weil ihre positive Wirkung in Form der Krisenvermeidung beziehungsweise -vertagung ihrer negativen Wirkung in Form von Geldentwertung und Wirtschaftszusammenbruch zeitlich vorangeht.

Die Erfahrung zeigt leidvoll, dass es meist die desolante Finanzlage des Staates ist, die zu einer Inflationspolitik führt. Wenn der Staat erst einmal seine Besteuerungsmöglichkeiten ausgeschöpft hat, und wenn er auch keine neuen Schulden mehr im Kapitalmarkt platzieren kann, wendet er sich an seine Zentralbank. Und die staatliche Zentralbank wird sich den drängenden Finanzierungswünschen des Staates nicht erwehren können beziehungsweise nicht wollen - schließlich ist ihr eigenes Überleben auf das Engste mit dem Staat verknüpft.

Ist also der Staat erst einmal überschuldet, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Zentralbank die Haushaltslöcher mit neu geschaffenen Geld finanziert, und dass das in erhöhte Preisinflation mündet.

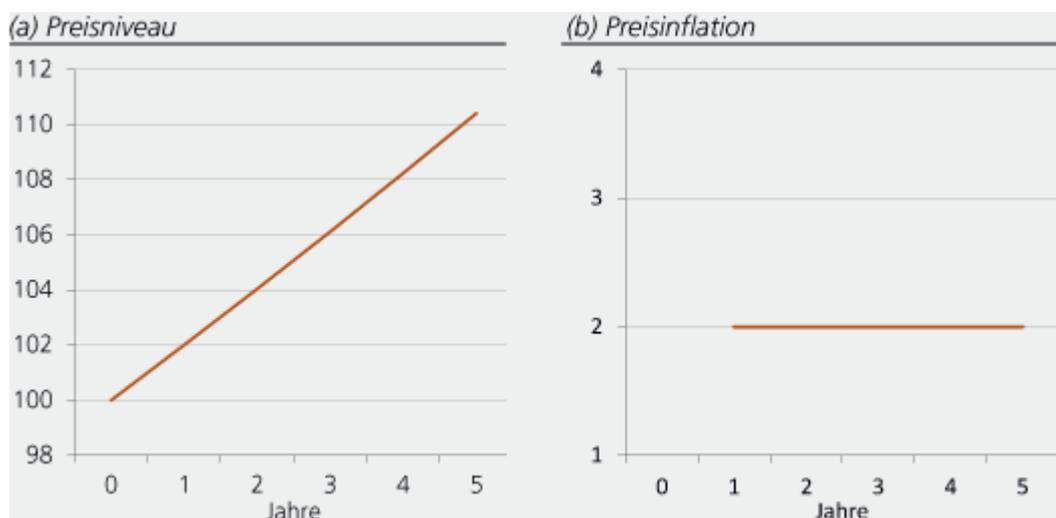
Betrügerisch

Die Politik der Inflation ist im wahrsten Sinne des Wortes betrügerisch. Sie setzt darauf, dass jemand betrogen wird, dass seine Erwartungen enttäuscht werden. Man betrachte beispielsweise Kreditverträge. Gläubiger und Schuldner vereinbaren einen Kreditzins von, sagen wir, 4 Prozent pro Jahr. Sie setzen dabei auf das Versprechen der Zentralbank, dass die künftige Preisinflation bei 2 Prozent pro Jahr liegt. Nachdem der Kreditvertrag abgeschlossen wurde, treibt die Zentralbank nun aber die Inflation auf, sagen wir, 5 Prozent. Das Ergebnis: Der Schuldner gewinnt auf Kosten des Gläubigers. (Der inflationsbereinigte Kreditzins beträgt in diesem Beispiel minus 1 Prozent - zur Freude des Schuldners, zum Leid des Gläubigers.)

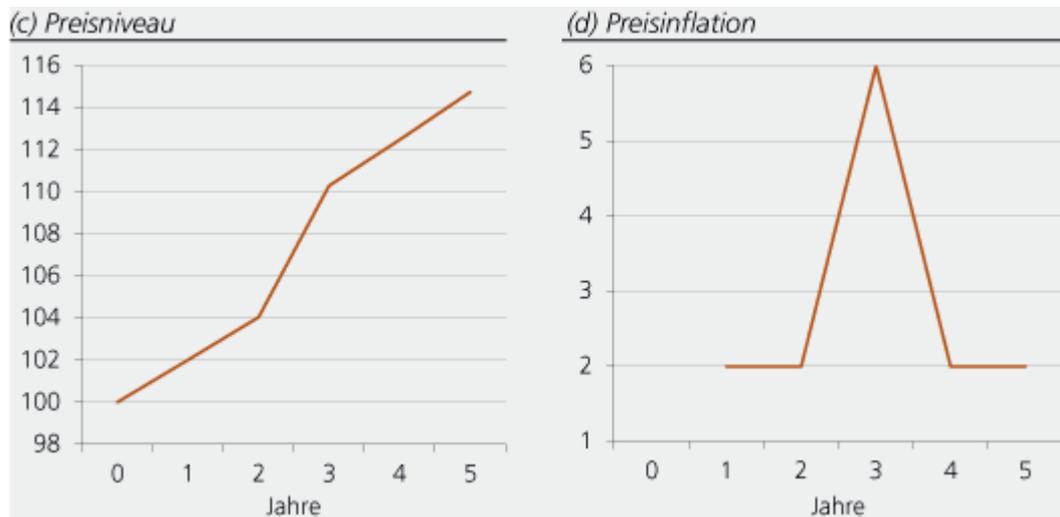
Die Preisinflation - also Folge der Geldmengenausweitung - führt vor allem auch zu einer nicht marktkonformen, nicht leistungsgerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen. Beispielsweise kauft die US-Zentralbank (Fed) im Zuge der Lockdown-Krise jede Art von Schuldpapier auf, die ihnen von Banken und vor allem auch Hedgefonds und sonstigen Kapitalsammelstellen ("BlackRock und Co") angeboten werden. Mit dem auf diese Weise erhaltenen neuen Geld werden nunmehr Wohnimmobilien in großem Stil nachgefragt. Deren Kaufpreise steigen, werden für viele Menschen unerschwinglich. Viele Menschen können nicht mehr Hauseigentümer werden, sondern bleiben Mieter, können kein Kapital mehr aufbauen.

Einmalige Zielverfehlung, dauerhafter Schaden

Heutzutage versprechen Zentralbanken der Öffentlichkeit, die Inflation der Güterpreise bei etwa 2 Prozent pro Jahr zu halten. Das wird zwar als "Preisstabilität" verkauft, ist aber natürlich inflationär. Es läuft darauf hinaus, die Kaufkraft des Geldes pro Jahr um 2 Prozent herabzusetzen. Aber es ist noch etwas anderes, das problematisch ist an dem Versprechen, die Inflation niedrig und nicht die Güterpreise stabil zu halten. Denn einmalige Zielverfehlungen führen in der Praxis zu dauerhaften Einbußen der Kaufkraft des Geldes. Dazu ein kleines Beispiel. Nehmen wir an, die Preisinflation beträgt 2 Prozent pro Jahr. Unter dieser Bedingung steigt das Preisniveau über die Zeit an (Abb. a). Die Inflation bleibt annahmegemäß konstant (Abb. b).



Nun treibt die Zentralbank im Jahr drei die Inflation einmalig auf, sagen wir, 6 Prozent pro Jahr, und danach senkt sie sie wieder auf 2 Prozent pro Jahr. Während die Inflation nur einen einmaligen Ausreißer nach oben zeigt (Abb. d), verbirgt sich dahinter ein dauerhafter Anstieg der Güterpreise (Abb. c), also ein dauerhafter Rückgang der Kaufkraft des Geldes - weil üblicherweise keine Anstalten unternommen werden, die Zielüberschreitung nachfolgend durch niedrigere Inflation ungeschehen zu machen. Einmalige Zielverfehlungen bei der Inflation sind daher nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.



Quelle: Graphik Degussa.

In einem Inflationsregime gewinnen die Informierten und Gewieften auf Kosten der weniger gut informierten. Beispiel: In der Regel gibt es Personen, die besser unterrichtet sind als andere, in welcher Art und Weise sich die Preisinflation zeigen wird. Diese Personen sind in der Lage, ihr Geld frühzeitig in solche Güter zu tauschen, deren Preise noch steigen werden. Auf diese Weise entgehen sie dem Geldwertverlust, den andere erleiden werden. Die damit verbundene Umverteilung von Einkommen und Vermögen schafft Enttäuschung und Verbitterung bei denen, die durch die Inflation geschädigt werden, die ihren bisher hart und ehrlich erarbeiteten finanziellen Status verlieren.

Wer Zugang zu Bankkrediten hat, ist in Inflationszeiten klar im Vorteil. Er gelangt an neues Geld, mit dem sich beispielsweise Häuser, Grundstücke und Unternehmensanteile kaufen lassen. Inflationieren deren Preise im Zeitablauf, erhöhen sich seine Beleihungswerte, und damit verbessert sich seine Möglichkeiten, an neue Kredite zu gelangen. Diejenigen, die über kein Kapital beziehungsweise beleihbare Vermögenswerte verfügen, haben das Nachsehen. Das Geldmengenvermehrten per Kreditvergabe ist das eigentlich betrügerische. Es ist ökonomisch gesehen gleichbedeutend mit Geldfälscherei. Die zerstörerischen Folgen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Zerstörerisch

Ein "Boom" wird häufig verstanden als ein übersteigerter, ein "zu starker" Konjunkturaufschwung. Doch das trifft nicht den Kern der Sache. Ein Boom steht für eine problematische, eine schädliche Verzerrung der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur: Er zeichnet sich dadurch aus, dass Investitionen getätigt werden, für deren Fertigstellung nicht genügend Ersparnisse vorhanden sind. Ein Boom ist nicht "durchhaltbar": Unternehmen werden scheitern, nicht alle Arbeitsplätze bleiben bestehen. Zudem wird im Boom nicht das produziert, was die Konsumenten am dringendsten wünschen. Die Volkswirtschaft bleibt daher hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Ein Inflationsboom wird dadurch ausgelöst, dass neues Geld auf dem Kreditweg in die Volkswirtschaft eingespeist wird. Die Zentralbank in enger Kooperation mit den Geschäftsbanken weitet das Kreditangebot aus, ohne dass es ein entsprechendes Sparangebot gibt. Sie schaffen sprichwörtlich neues Geld "aus dem Nichts", schwindeln es sozusagen herbei. Eine Folge dabei ist, dass die Marktzinsen zunächst künstlich herabgedrückt werden. Das wiederum senkt die Ersparnis, erhöht den Konsum, und zudem steigt die

Nachfrage nach Investitionen. Die Volkswirtschaft beginnt sprichwörtlich über ihre Verhältnisse zu leben. Doch auf den Boom folgt der "Bust".

Dazu muss man wissen, dass der künstlich gesenkte Zins die volkswirtschaftliche Produktionsstruktur verzerrt: Arbeit und Kapital werden zusehends in zeitintensive Produktionswege investiert, das heißt Produktionswege, deren Produktionsabschluss weit(er) in der Zukunft liegen. Der künstlich gesenkte Zins macht gerade diese langfristigen Investitionsprojekte attraktiv. Doch nachdem der Einschuss von neuem Geld seine Wirkung entfaltet hat - wenn er Investitionen in Gang gesetzt sowie Löhne und Preise in die Höhe getrieben hat -, kommt das böse Erwachen. Firmen bemerken plötzlich, dass ihre Investitionsrechnungen nicht aufgehen, dass die erhoffte Rentabilität ausbleibt.

Der Grund: Die Produktionskosten fallen höher aus als ursprünglich gedacht, und/oder die erhoffte Nachfrage nach den Produkten bleibt aus. Die Investitionen werden liquidiert, Personal wird abgebaut. Arbeitnehmer realisieren, dass die Lohnerhöhungen nur eine einmalige Sache waren. Die "Reichtumsillusion" verpufft. Die privaten Haushalte reduzieren ihren Konsum, die Ersparnis steigt. Aus dem Boom wird ein Bust. Der Bust ist nichts anderes als die "Bereinigung" der Fehlentwicklungen, die der Inflationsboom hervorgebracht hat. Doch kaum jemand mag den Bust: Unternehmer wollen keine Verluste machen, Arbeitnehmer ihren Job nicht verlieren und bedürftig werden.

Vor allem wollen Regierungen keine Rezession. Denn sie kann ihnen gefährlich werden, ihre Macht gefährden: Eine große Rezession birgt die Gefahr, dass die Regierten die Regierenden aus dem Amt jagen. Wenn Regierende und Regierte also den Bust scheuen, ist absehbar, was geschieht: Sobald ein Bust droht (als unausweichliche Folge des inflationären Booms), greift man zu noch mehr Inflation: Mit einer erneuten Kreditausweitung zu noch niedrigeren Zinsen versucht die Zentralbank, den drohenden Bust abzuwenden, ihn in einen neuen Boom umzumünzen. Und das kann durchaus um das ein oder andere Mal gelingen.

Doch im Kern ist das eine zerstörerische Politik. Die Zentralbank muss zu einer immer inflationärerem Politik greifen, um zu verhindern, dass der Boom in einen Bust umschlägt. Und je länger der Bust aufgeschoben wurde, desto größer wird die Notwendigkeit für ein "reinigendes Gewitter", beziehungsweise die Kosten der Bereinigungskrise steigen immer weiter an. Das wiederum verstärkt den Widerstand gegen einen Bust, erhöht den Anreiz, Zuflucht in der Politik der Inflation zu suchen. Die Politik der Inflation, wenn man sich nicht von ihr abkehrt, führt zu immer höherer Inflation mit all ihren verführerischen, aber auch betrügerischen und zerstörerischen Folgen.

Wohin das führt

Der Ökonom Fritz Machlup (1902-1983) hat das Ergebnis des Inflationsbooms eindrücklich formuliert: "Die Prosperität kann eine Zeitlang andauern. Sie dauert so lange, als es möglich ist, die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft immer weiter fortzusetzen. Eines Tages muß es sich dann zeigen, daß es mit der Ausdehnung des Notenbankkredits nicht mehr weiter gehen kann, sei es dadurch, daß die Bevölkerung das sich entwertende Geld ablehnt, sei es, daß das Bewußtsein von der übermäßigen Inanspruchnahme von Kredit dem allzu großen Optimismus ein Ende setzt. Was dann nachfolgt, wissen alle."

Es ist die Krise mit ihrer Katastrophenstimmung, mit den Verlusten, Schleuderverkäufen, Konkursen und dem Offenbarwerden einer furchtbaren Verarmung."

Wie sind vor diesem Hintergrund die aktuellen Geschehnisse einzuordnen? Die Volkswirtschaften befinden sich seit Jahren in einem Inflationsboom, der durch die Geldpolitik in der Lockdown-Krise noch weiter verschärft wurde. Das Umschlagen des Booms in einen Bust wird dadurch verhindert, dass die Zentralbanken die Zinsen auf sehr niedrige Niveaus geschleust haben und dort festhalten, sie daran hindern anzusteigen. Solange das Kredit- und Geldmengenangebot weiter steigt, kann auf diese Weise ein Zusammenbruch des Finanzsystems bis auf weiteres abgewehrt werden. Während eine "Kreditkrise" wie in 2008/2009 unwahrscheinlich geworden ist, steigt allerdings die Wahrscheinlichkeit für eine "Währungskrise".

Eine Währungskrise erwächst aus der Sorge der Menschen, dass die Kaufkraft des Geldes entwertet wird. Das geschieht meistens dann, wenn die Preisinflation "sichtbar" wird, wenn der Anstieg der Preise für Güter und Dienstleistungen das akzeptable Maß übersteigt. Die Menschen verringern daraufhin ihre Geldhaltung, versuchen es gegen Sachwerte (Aktien, Häuser etc.) einzutauschen.

Eine "Flucht aus dem Geld" setzt ein, wenn befürchtet wird, dass sich der Preisanstieg beschleunigt und nicht mehr zum Stillstand kommen wird. Hoch- beziehungsweise Hyperinflation ist die Folge. Eine drängende Frage für den Anleger ist derzeit: Wie stark wird die Preisinflation, die die Zentralbanken bereits auf den Weg gebracht haben, ausfallen?

Die bislang erfolgte monetäre Expansion wird wohl noch keine Währungskrise auslösen. Sollten die

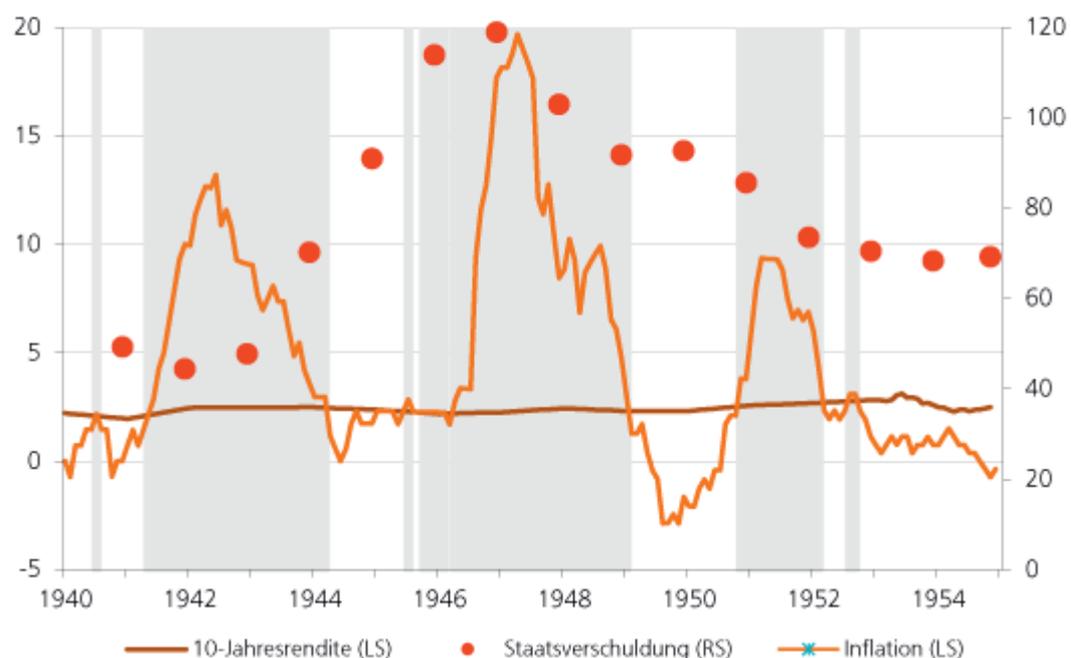
Konsumgüterpreise um Jahresraten von 4 bis 6 Prozent zulegen, in der Spitze vielleicht sogar bis 10 Prozent, wäre das zwar äußerst schmerzhaft für alle, die auf die Kaufkraft von US-Dollar, Euro und Co vertrauen. Wie die Erfahrung in vielen Ländern zeigt, führen derartige Inflationsraten jedoch noch nicht zu einer breit angelegten Flucht aus dem Geld.

Entscheidend ist, welche Inflationserwartungen die Menschen haben. Wenn sie erwarten, dass die erhöhte Inflation eine "einmalige Sache" ist, kommen die Zentralbanken mit ihrer Inflationspolitik unbestraft davon. Anders ist es, wenn die Menschen das Vertrauen verlieren, mit einer immer weiter steigenden Geldentwertung rechnen.

Ob es dazu kommt oder nicht, hängt entscheidend von der Zentralbank ab. Stellen sich die Menschen auf dauerhaft hohe Inflation ein (sagen wir auf Raten von 6 Prozent pro Jahr), und sorgt die Zentralbank nur für eine Inflation von 2 Prozent pro Jahr, wird ein Wirtschaftseinbruch wahrscheinlich sein. Je eher die Menschen davon ausgehen können, dass die Zentralbank bereit und in der Lage ist, die Zinsen anzuheben und die Geldmenge zu verknappen, desto unwahrscheinlicher ist es, dass die Inflationserwartungen sich in ungeahnte Höhen schrauben. Das ist eine delikate Einsicht: Denn die Zentralbanken stehen mittlerweile unter der Fuchtel der hoch verschuldeten Staaten; in Fachkreisen spricht man von "fiskalischer Dominanz".

1 „Finanzielle Repression“

Zins, Konsumgüterpreisinflation und Verschuldung pro BIP in den USA in Prozent



Quelle: Federal Reserve of St. Louis; Berechnungen Degussa. BIP = Bruttoinlandsprodukt.

Die Schulden sind so groß geworden, dass die Zentralbanken angehalten sind, die Zinsen so niedrig wie möglich zu halten und die Staatskassen mit neuem Geld zu versorgen. Mittlerweile wird sogar eine erhöhte Preisinflation als probates Mittel gesehen, um die Verschuldungslage der Staaten zu entschärfen. Unter diesen Bedingungen kommt es nun darauf an, wie stark die Staaten ihre Defizite ausweiten, die von ihren Zentralbanken finanzieren lassen. Kennt die staatliche Schuldenaufnahme keine Grenzen, ist es wahrscheinlich, dass die Währungen heftig entwertet werden. Das muss nicht schnell und plötzlich geschehen, die Geldentwertung kann auch zeitlich in die Länge gezogen werden.

Wie das geht, lässt sich gut am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika illustrieren. Zur Finanzierung der Ausgaben des Zweiten Weltkrieges gab die US-Administration neue Schulden aus. Um die Zinskosten niedrig zu halten, fixierte die US-Zentralbank die Kurzfristzinsen bei 3/8 Prozent, die Langfristzinsen bei 2,5 Prozent. Da die US-Zentralbank die US-Dollar-Geldmenge kräftig vermehrte, stieg die Preisinflation stark an. Diese Politik wurde von 1942 bis 1951 praktiziert. In dieser Zeit verlor der US-Dollar etwa 40 Prozent seiner Kaufkraft (gemessen anhand der Konsumgüterpreise). Der Schuldenstand von 119 Prozent in 1946 auf 68,3 Prozent in 1953 reduziert.

Die US-Administration reduzierte in dieser Zeit jedoch die öffentlichen Defizite: von fast 27 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 1943 auf einen Überschuss von 4,3 Prozent im Jahr 1948, gefolgt von einem jahresdurchschnittlichen Überschuss von 0,3 Prozent des BIP bis 1951. Für die Inflationsaussichten der kommenden Jahre wäre es demnach höchst bedeutsam, ob die Staaten ihre chronischen Haushaltslöcher verringern - durch Ausgabeneinschränkungen und/oder Einnahmeerhöhungen - oder nicht. Wird die Schuldenmacherei nicht drastisch zurückgeführt, ist die Gefahr recht groß, dass die Preisinflation stark steigen wird, so manche Zentralbank sogar in eine Politik der Hoch- oder gar Hyperinflation verfällt.

Dabei ist allerdings denkbar, dass die Staaten Preiskontrollen erlassen. Es werden beispielsweise Höchstpreise für bestimmte Lebensmittel, Energie und Mieten erlassen. Die Preisinflation wird dadurch quasi verboten, sie tritt nicht in den offiziellen Statistiken zutage. Die Folgen: Versorgungsengpässe, Schwarzmärkte, Korruption, staatliche Bespitzelung und harte Strafen bei Verstößen.

Die Volkswirtschaften gleiten dadurch ab in die sogenannte Kommandowirtschaft, in die Befehls- und Lenkungswirtschaft: Das Eigentum bleibt formal erhalten, seine Nutzung wird aber zusehends durch staatliche Ge- und Verbote eingeschränkt und gesteuert. Die Inflationspolitik führt in diesem Falle zum Ende der freien Wirtschaft und Gesellschaft (beziehungsweise dessen, was davon noch übrig ist).

Wie auch immer das Szenario ausfallen mag: Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Kaufkraft des Geldes herabgesetzt wird - entweder durch Konsumgüter- und/oder Vermögenspreisinflation, entweder auf schnellem Wege oder langsam über die Zeitachse gestreckt.

Der Inflationsboom, den die Zentralbanken mit ihrer Kredit- und Geldmengenvermehrung in Gang halten, ist verführerisch: Er gaukelt Wohlstandsmehrung vor und schützt vor den Folgen des Fehlverhaltens. Aber er wird sich auch noch als betrügerisch und zerstörerisch entpuppen - wenn die Menschen merken, dass die Kaufkraft des Geldes ihnen zwischen den Fingern zerrinnt, die Wohlstandsphantasie, für die der Inflationsboom sorgt, sich als illusionär entzaubern.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit

Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/499433--Der-Inflationsboom.-Verfuehrerich-betruegerisch-zerstoererisch.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).